

# Presseerklärung



CSU-Pressestelle  
11.09.2018

Franz Josef Strauß-Haus  
10.00 Uhr

## **Viel Zustimmung für Ministerpräsident Söder bei der Landesversammlung der Senioren-Union der CSU (SEN)**

Germering – Höhepunkt der diesjährigen SEN-Landesversammlung waren der Besuch und die Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, der sich zuerst ins Goldene Buch der Stadt Germering eintrug. In seinen Ausführungen in der Stadthalle Germering spannte er einen Bogen von den aktuellen Fragestellungen bis hin zu den Mega-Themen der älteren Generation: Gesundheit, Pflege, Rente, Wohnen und Sicherheit.

Die Bayerische Staatsregierung habe den Nachholbedarf in diesem Jahr durch ein umfassendes Pflegepaket auf den Weg gebracht. Eckpunkte seien die Einführung eines Bayerischen Landespflegegelds in Höhe von 1.000 Euro pro Jahr, ebenso die Schaffung von mehr Pflegeplätzen. Die Förderung der zusätzlich zum Bund vorgesehenen 1.000 stationären Pflegeplätze und 500 zusätzlichen Kurzzeitpflegeplätze hat dem Ministerpräsidenten zufolge hohe Priorität. Die CSU setzt sich ferner für eine einheitliche Tarifbindung aller Pflegekräfte ein. Damit die Pflegemaßnahmen zuverlässig koordiniert sind, wird es im Freistaat zukünftig ein Bayerisches Landesamt für Pflege in Amberg geben. An der Hochschule Kempten wird ergänzend ein neues Zentrum "Digitale Pflege" gegründet. Ein echtes Anliegen ist Söder, in den nächsten fünf Jahren im Freistaat einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz zu verwirklichen. Nicht nur dafür erntete er anhaltenden Applaus.

Der Landesvorsitzende der Senioren-Union Staatsminister a.D. Dr. Thomas Goppel freute sich über die spürbare Zustimmung im Saal. Das Signal, das von der neuen Schwerpunktbildung für die Pflege ausgeht, wird mit Söders Engagement auch bundesweit gleichgesetzt. „Die bayerische Dynamik in politischer Zielsetzung zeigt Wirkung in der Sozialpolitik für Deutschland. Eine freiheitliche, soziale, vorrangig der Nächstenliebe verschriebene Gesellschaft wird ihren Bezug zur Menschenwürde in der Verfassung nur dann tatsächlich nachweisen, wenn sie sich der Tatsache bewusst bleibt, dass wir Menschen einerseits nach der Geburt für rund 20 Jahre Starthilfe brauchen, dann aber auch im Alter zwar unterschiedliche und in der zeitlichen Ausdehnung lange gesellschaftliche Unterstützung benötigen“, so Goppel. Und weiter: „Analog den beim Lebensstart besonderen Förderaktivitäten für Kinder kommt unsere Gesellschaft nicht länger umhin, die gesellschaftliche Pflegebereitschaft für den letzten, den vierten Lebensabschnitt der älteren Mitbürger einzurichten. So viel Selbstlosigkeit wie in den bisherigen Jahren nach den Kriegen des letzten Jahrhunderts bringt der gesellschaftliche Nachwuchs heute nicht mehr ein und auf – leider, aber auch angesichts unserer postmodernen Vorstellungen für eine funktionstüchtige Gesellschaft gut nachvollziehbar.“

Am Nachmittag widmeten sich die Senioren dem Leitthema dieser Landesversammlung "Das christliche Menschenbild – Grundlage des sozialen Rechtsstaats". Nach jeweils kurzen Einführungen diskutierten Pfarrer Prof. Dr. Johannes Rehm, Leiter des Kirchlichen Diensts in der Arbeitswelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (kda) und Domkapitular Clemens Bieber, Vorsitzender des Caritasverbandes für die Diözese Würzburg e.V. unter der Leitung von Thomas Goppel über das Christliche in der Politik. "Christ in der Politik zu sein, das Handeln an den Maßstäben des Christseins auszurichten, bedeutet nicht, der übrigen Welt etwas aufzuzukroyieren, was letztlich keiner von Anderen erwarten kann", so Goppel. "Christlich in der Politik zu handeln heißt, alle Beteiligten an einer Entwicklung rechtzeitig aufzuklären und zum Mitmachen zu veranlassen."

Zum kommenden Samstag stattfindenden CSU-Parteitag beschlossen die Delegierten der Senioren-Union über zehn eigene Anträge, die dort eingebracht und abgestimmt werden. Themen der Anträge sind u.a. Philippinische Pflegekräfte gezielt nach Deutschland zu bringen, der vermehrte Einsatz der deutschen Sprache in der EU und die Reduzierung der Stromsteuer.